

Newsletter

Flucht, Migration & Integration

Ausgabe (11) || 24.07.2018

- I. Aktuelles
- II. Termine
- III. Fachinformationen
- IV. Angebote für Menschen mit unsicheren Aufenthaltsstatus

I. Aktuelles

Familiennachzug

Artikel: „Bundesrat billigt Kompromiss zum Familiennachzug“

06.07.17, BundesratKOMPAKT

- Der derzeit noch ausgesetzte Familiennachzug von engsten Familienangehörigen zu subsidiär Schutzberechtigten ist **ab dem 1. August 2018 wieder möglich**. Allerdings für ein begrenztes Kontingent von **1000 Flüchtlingen pro Monat**. Der Bundesrat hat am 6. Juli 2018 grünes Licht für den vom Bundestag am 15. Juni 2018 beschlossenen Kompromiss gegeben. Das Gesetz muss jetzt nur noch vom Bundespräsidenten unterzeichnet und im Bundesgesetzblatt verkündet werden.
- Einen Rechtsanspruch auf Familiennachzug enthält die Neuregelung nicht. Die Behörden sollen nach **humanitären Gründen** entscheiden, wer eine Aufenthaltserlaubnis erhält. Darunter fallen die **Dauer der Trennung, das Alter der Kinder oder schwere Erkrankungen und konkrete Gefährdungen im Herkunftsland**. Darüber hinaus sind auch **Integrationsaspekte** zu berücksichtigen.
- Grundsätzlich können Ehepartner, minderjährige Kinder und Eltern von Minderjährigen Familiennachzug beantragen. Geschwister haben ein solches Recht nicht.

[Mehr](#)

Mehr zum Thema:

- „Fachinformationen des DRK Suchdienstes zum Familiennachzug von und zu Flüchtlingen“, 07.18. DRK. [Mehr](#)
 - „Informationen zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten ab dem 01.August 2018.“ 07.18. Auswärtiges Amt. [Mehr](#)
-

„Masterplan Migration“

Artikel: „Zurückweisen, Leistungen kürzen, Abschiebehaft ausweiten“

11.07.18, MiGAZIN

- Die Zahl von Flüchtlingen steuern, ordnen und begrenzen – das ist das erklärte Ziel des „Masterplans Migration“ von Bundesinnenminister Horst Seehofer. Weit mehr als die Hälfte des Papiers widmet sich allerdings angestrebten **Verschärfungen im deutschen Asylrecht**.
-

-
- **Zurückweisungen:** Flüchtlinge, die bereits in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt haben, sollen auf Grundlage von Abkommen mit den betreffenden Ländern in „Transitzentren“ zurückgewiesen werden.
 - **Anker-Zentren:** Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Einrichtungen zur Abwicklung von Asylverfahren von der Registrierung bis zur kommunalen Verteilung oder Rückführung sind ebenfalls Teil des Masterplans. Nach Seehofers Plänen sollen im Herbst erste Pilotprojekte starten. Für die Umsetzung sind die Länder verantwortlich. Nur wenige haben bislang Kooperation zugesagt.
 - **Sozialleistungen:** In Gemeinschaftsunterkünften und für abgelehnte Asylbewerber soll das Prinzip „Sachleistung vor Geldleistung“ gelten. Flüchtlinge sollen zudem künftig bis zu drei Jahre statt bisher 15 Monate nur die niedrigeren Asylbewerberleistungen bekommen, die teilweise deutlich unterhalb der Hartz-IV-Sätze liegen.

[Mehr](#)

Artikel: "Aktionismus, der viel Schaden anrichtet." Ein Gastkommentar von Prof. Dr. Werner Schiffauer.

09.07.18, Mediendienst Integration

- Der "Masterplan" ist ein Musterbeispiel für das, was in der Politikwissenschaft "**Versicherheitlichung**" genannt wird [...]: Ein Thema wird in einer Weise dramatisiert, dass es absolute Priorität vor anderen Problemen gewinnt. Es wird als existenzielle Bedrohung dargestellt, sodass der Eindruck entsteht, es gehe ums Überleben. [...] Daraus folgt der Auftrag an die Politik, das Problem gesondert zu behandeln und die normalen politischen Regeln zu umgehen. In der Darstellung des Problems schaukeln sich Politik und Medien gegenseitig auf.
- Rechtsverletzungen werden mit der "konsequenten Durchsetzung des Rechts" legitimiert, die das "Vertrauen in den Rechtsstaat" sichern soll.

[Mehr](#)

Mehr zum Thema:

- Analyse: „‘Masterplan’: Deutschland macht dicht“, 10.07.18. PRO ASYL. [Mehr](#)
 - Artikel: „‘Masterplan’: Vom Aufnahmeland zum Abschiebeland. Erste Einschätzung von PRO ASYL zu weitreichenden Verschärfungen.“ 02.07.18, PRO ASYL. [Mehr](#)
 - Dokument: „Masterplan Migration. Maßnahmen zur Ordnung, Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung.“, 22.09.18. [Mehr](#)
-

Sichere Herkunftsstaaten

Artikel: „Die Maghreb-Länder: Noch immer keine ‚Sicheren Herkunftsstaaten‘“

13.07.18, PRO ASYL

- Schon 2016 wollte die Bundesregierung Algerien, Marokko und Tunesien zu sogenannten »sicheren Herkunftsländern« ernennen. Im März 2017 scheiterte das Vorhaben aus guten Gründen im Bundesrat. Jetzt wird der Anlauf erneut unternommen – obwohl sich dort in den Punkten, die zur Ablehnung führten, nichts verbessert hat.

[Mehr](#)

Artikel: „Neuer Anlauf für Maghreb-Staaten“

18.07.18, tagesschau

- Das Kabinett will eine neue Liste sicherer Herkunftsländer beschließen - inmitten der Debatte um die Abschiebung von Sami A. nach Tunesien. Die Grünen sind dagegen und könnten das Vorhaben im Bundesrat blockieren.

[Mehr](#)

Mehr zum Thema:

- “ Stellungnahme zum Entwurf eines x-ten Gesetzes zur Änderung des Asylgesetzes – Einstufung **Georgiens, der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik** als sichere Herkunftsstaaten“, 12.07.18. PRO ASYL. [Mehr](#)
- Hintergrund: „Was heißt eigentlich ‚sicheres Herkunftsland‘?“, 09.03.18. PRO ASYL. [Mehr](#)

Berlin**Artikel: „Nach Afghanistan geflogen“**

08.07.18, taz

- Zum ersten Mal seit Jahren ist ein **Mann aus Berlin nach Afghanistan abgeschoben** worden. Wie die Senatsinnenverwaltung am Wochenende bestätigte, saß er in dem Flugzeug, mit dem Bund und Länder in der vergangenen Woche 69 Männer von München aus nach Kabul abgeschoben hatten. Bei dem in Berlin registrierten Mann aus Afghanistan handelte es sich laut Innenverwaltung um einen verurteilten Straftäter, der „vollziehbar ausreisepflichtig“ gewesen sei.
- „Diese Abschiebung ändert nichts an unserer generellen Praxis“, betonte Martin Pallgen, Sprecher der Innenverwaltung. **Bisher hatte Berlin Menschen aus Afghanistan, deren Asylantrag abgelehnt wurde, nicht abgeschoben, sondern weiter geduldet.** Und wenn sie abgeschoben würden, dann in sogenannte sichere Drittstaaten im Rahmen des Dublin-Abkommens.
- Er schränkte aber ein: „Von Anfang an haben wir uns vorbehalten, in solchen Einzelfällen Gewalttäter, Vergewaltiger oder Gefährder abschieben zu können.“

[Mehr](#)

Artikel: „Das Konzept ist im Transitlager“

09.07.18., taz

- Doch die Harmonie ist dahin, wenn es um die konkrete Ausgestaltung der Integration von Geflüchteten geht. So musste die Verabschiedung des neuen **„Gesamtkonzepts zur Integration und Partizipation Geflüchteter“**, das den bisherigen „Masterplan Integration und Sicherheit“ aus dem Jahr 2016 ablösen soll, erneut verschoben werden. Eigentlich sollte das Konzept im April fertig sein; dann hieß es: vor der Sommerpause. Nun hofft der dafür verantwortliche Integrationsbeauftragte des Senats, Andreas Germershausen, dass es im September so weit ist.

[Mehr](#)

Artikel: „Niemand bleibt wegen Bleiberecht“

09.07.18, taz

- Der Innensenator wollte Ausländern, die **Opfer rechter Gewalt** wurden, ein **Bleiberecht** einräumen. Doch bisher greift die Regelung nicht.

[Mehr](#)

Pressemitteilung: „Situation für Asylsuchende im Tempelhofer Flugzeughangar spitzt sich zu“

15.07.18, Flüchtlingsrat Berlin, u.A.

- Weil der Registrierungsprozess beim LAF im Behördenteil des Berliner Ankunftsentrums für Asylsuchende in der Bundesallee nicht mehr funktioniert, müssen neu in Berlin ankommende Geflüchtete **statt drei Tagen nun drei Wochen unter menschenunwürdigen Bedingungen im Hangar verbleiben**.
- In dieser Zeit erhalten sie weder das ihnen nach dem Asylgesetz sofort auszustellende Ausweisdokument („Ankunftsnachweis“) noch die ihnen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zustehenden Sozialleistungen (Barbetrag zum persönlichen Bedarf und BVG-Monatskarte). Auch der vorläufige Krankenversicherungsnachweis wird nicht ausgestellt, so dass die Menschen keine freie Arztwahl mehr haben.
- Seit Ende Mai 2018 sind **[statt 100] bis zu 600 Menschen in den ehemaligen Flugzeuggaragen im Hangar 2** in nach oben offenen, beengten Schlafkabinen mit zwei qm pro Person ohne jede Privatsphäre untergebracht.

[Mehr](#)**Mehr zum Thema:**

- Artikel: „Flüchtlingsrat fordert sofortige Schließung von Hangar 2“, 16.07.18. rbb24. [Mehr](#)
- Artikel: „Senatorin ‚sehr unglücklich‘ über Standort in Tempelhof“, 17.07.18, rbb24. [Mehr](#)

Artikel: „Ein sicherer Hafen“

17.07.18, taz

- Kann Berlin [...] ein sicherer Ort für Geflüchtete ohne Angst vor Abschiebungen? Ein Ort, an dem auch Menschen ohne offizielle Papiere das Recht auf Gesundheitsversorgung, Bildung, Arbeit und Wohnen haben?
- Nun will Berlin seine Anstrengungen intensivieren, die bestehenden Ansätze in einem Konzept zusammenzufassen – und ganz offiziell zu einer **„solidarischen Stadt“** werden. In der Verwaltung von Integrationsministerin Elke Breitenbach (Linke) wird derzeit daran gearbeitet, dem Forum „Solidarity Cities“ beizutreten.
- Das Netzwerk lehnt sich an die Idee der Sanctuary Cities in den USA und Kanada an. Unter diesem Label der Zufluchtsorte stellen sich Städte dem Zentralstaat entgegen und leisten etwa keine Beihilfe bei Abschiebungen.

[Mehr](#)

Artikel: „Rechts, zwei, drei, vier!“

15.07.18, taz

- Die NPD ruft bundesweit zu Bürgerwehren und „Schutzonen“ für Deutsche auf. In Berlin patrouillieren Nazis in der S-Bahn.

[Mehr](#)

Weitere Artikel

Artikel: „Ein Sarg vor dem Innenministerium“

13.07.18, taz

- Jamal Nasser M. war am Dienstag **in Kabul nach einem Suizid tot** aufgefunden worden. Eine Woche zuvor war er aus Deutschland mit 68 weiteren Afghanen **abgeschoben** worden.
- Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hatte sich am Tag vor dem Bekanntwerden des Suizids erfreut über die ungewöhnlich hohe Zahl der Abgeschobenen gezeigt: „Ausgerechnet an meinem 69. Geburtstag sind 69 – das war von mir nicht so bestellt – Personen nach Afghanistan zurückgeführt worden.“

[Mehr](#)

Artikel: „Meinungsstark, aber faktenarm: Abschiebepolitik zu Afghanistan“

03.07.18, PRO ASYL

- Der **neue Lagebericht zu Afghanistan** enthält neue Fakten, die Abschiebungen eigentlich erschweren. Dennoch zieht die Bundeskanzlerin uneingeschränkte Abschiebungen nach Afghanistan in Betracht.
- Das Auswärtige Amt (AA) erkennt im Unterschied zur früheren Lageeinschätzung die enorme Wichtigkeit der **sozialen und familiären Netzwerke** für den Schutz, Perspektive und Überlebensbedingungen von Betroffenen an. Ob eine sogenannte »inländische Ausweichmöglichkeit« existiert, hänge maßgeblich von der sozialen Verwurzelung, der Ethnie und der finanziellen Möglichkeiten ab und muss im Einzelfall überprüft werden.
- Im aktuellen Bericht erkennt das Auswärtige Amt erstmalig an, dass auch diese Städte **keine Anonymität** bieten. Rückkehrer können dort von ihren Verfolgern ausfindig gemacht werden und sind deshalb bedroht.
- Damit Pauschalablehnungen von Afghan*innen zu begründen, mit dem Verweis, es gebe **»sichere Gebiete«**, die die Betroffenen auch sicher erreichen können, ist nicht mehr möglich. Das Auswärtige Amt gesteht ein, dass die Taliban die Überlandstraßen kontrollieren.

[Mehr](#)

Artikel: „Masterplan Humanität“

07.07.18, taz

- In ganz Deutschland haben tausende Menschen **für die Rettung von Schiffsbrüchigen demonstriert**.
- Zu den bundesweiten Protesten hatte das Bündnis „Seebrücke“ aus zahlreichen Flüchtlingsinitiativen und zivilgesellschaftliche Gruppen aufgerufen.
- Mehr als **1.400 Menschen sind in diesem Jahr bereits im Mittelmeer ertrunken**. Seit Juni **blockiert Italien die privaten Rettungsschiffe** – der Monat ist Helfern zufolge der tödlichste seit fünf Jahren. Der UN zufolge ertranken im Juni 692 Menschen auf der Flucht.

[Mehr](#)

Artikel: "Ein Grundsatz: Es lebe die Sturheit!"

09.07.18, Belltower News

- Die Diskussionen der letzten Wochen über das Thema Asyl haben uns einige Tatsachen vor Augen geführt.

- Es waren keine Diskussionen, sondern unwürdige Spektakel, bei denen das Leid von Menschen als politische Schwungmasse missbraucht wurde. Wie kann es sein, dass ein Land, in dessen Geschichte vor gerade 80 Jahren mit den Pogromnächten gegen die Juden das Menschheitsverbrechen schlechthin begann, heute einen derartigen Missbrauch zulässt? [...]
- Die dritte Tatsache ist, dass die demokratischen Standards ins Wanken geraten. [...] etwas Anderes macht sich breit, das all diese Errungenschaften zum Erodieren bringen kann: der Pessimismus, die Gleichgültigkeit und eine Art destruktiver Selbsthass auf die Demokratie als solche. [...]

[Mehr](#)

II. Termine

„Extremismus und Populismus. Jugendsozialarbeit zeigt Rückgrat!“ II Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT)

24.-25.09.18 || Hotel Abacus, Tierpark Berlin

- Wo fängt Extremismus an, wie sind Extremismus und Populismus verknüpft und vor allem: Welche Verantwortung hat die Jugendsozialarbeit, wenn es darum geht, jedem jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich frei zu entwickeln und Perspektiven für das eigene Leben aufzubauen? Mit diesen Fragen wird sich die BAG ÖRT auf ihrer Jahresfachtagung auseinandersetzen.
- Die Konferenz richtet sich an die pädagogischen Fachkräfte, die alltäglich in ihrer Arbeit mittelbar oder unmittelbar mit diesen Themen konfrontiert sind. Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus werden beleuchtet, Programme und Initiativen in dem Arbeitsfeld vorgestellt und mit Fachexpert*innen diskutiert. Auch die Auseinandersetzung mit Hass und Fake News in sozialen Medien sind Bestandteil des Programms.
- Anmeldefrist: 05.09.18

[Mehr](#)

Workshop: „Kritisches Weiß-Sein im Arbeitskontext“

08.-09.09.18 || Institut für diskriminierungsfreie Bildung, Malplaquetstraße 13A

- Im Workshop beschäftigen wir uns mit Blick auf unseren Arbeitskontext damit, welche Handlungsspielräume für Rassismuskritik eine weiße Position bietet. Dabei greifen wir Schwierigkeiten und Herausforderungen genauso auf wie Chancen und Möglichkeiten.

[Mehr](#)

Studienvorstellung und Diskussion: „Antisemitismus und Migration in Europa“

31.07.18, 17-19Uhr || Berliner Landeszentrale für politische Bildung, Hardenbergstraße 22-24

- Vorstellung der Ergebnisse einer Fünf-Länder-Studie zum Zusammenhang von Antisemitismus und Migration, in der Forscher*innen [...] die Frage untersuchten, ob es mit der Einwanderung aus arabischen und anderen muslimisch geprägten Ländern seit 2014 einen „Import“ von Antisemitismus nach Europa gegeben habe.

[Mehr](#)

Fortbildung: „Anders Denken – Antisemitismus kompetent begegnen“

16.08.18, 15.30-19Uhr || Berliner Landeszentrale für politische Bildung, Hardenbergstraße 22-24

- Die Fortbildung möchte anhand des neuen [Onlineangebots](#) „ANDERS DENKEN“ Die

Onlineplattform für Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit“ zu einer Auseinandersetzung mit dem Themenfeld einladen. Die Plattform stellt Basiswissen zum Thema Antisemitismus bereit, informiert über didaktische Erfahrungen und Bildungsansätze, bietet Orientierung im Feld und stellt konkrete Bildungsmaterialien zur Verfügung.

- Im Rahmen der Veranstaltung erhalten die Teilnehmenden Einblick in den Aufbau der Plattform und lernen ausgewählte Bildungsmaterialien und deren Einsatzmöglichkeit kennen.

[Mehr](#)

III. Fachinformationen

Artikel: „Ausschiffungsplattform‘ und ‚Pull-Faktor‘: Begriffe der Asylpolitik“

- In der deutschen Asyl- und Migrationspolitik werden derzeit Begriffe verwendet, die der Laie kaum verstehen dürfte. MiGAZIN stellt die gängigsten vor und erklärt deren Bedeutung: z.B. Ankerzentren, Ausschiffungsplattformen, Transitzentren.

[Mehr](#)

Kommentierte Bibliographie: „Fachbeiträge zur beruflichen Integration von Geflüchteten“ Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). 2018.

- Ein Überblick veröffentlichter Beiträge aus dem Arbeitsfeld der beruflichen Integration von Geflüchteten.

[Mehr](#)

Broschüre: „Antiziganismus“

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. 2018.

- Die Broschüre geht der Frage nach, wo und in welcher Form sich antiziganistische Stigmatisierung und Diskriminierung in der Gegenwart zeigen und thematisiert die historische Entwicklung.

[Mehr](#)

IV. Angebote für Menschen mit unsicheren Aufenthaltsstatus

Fußballturnier: „Refugees Welcome Cup“

04.08.18 | Netzwerk „Willkommen in Reicnickendorf“, Königshorster Straße 13

[Mehr](#)

Erklärfilm: „Meine erste Wohnung in Deutschland“

Ökumenische Wohnhilfe Taunus

- Der Film erklärt in verschiedenen Sprachen, was beim Einzug in eine Mietwohnung und während des Mietverhältnisses zu beachten ist.

[Mehr](#)